

**Beschluss der Konferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der
CDU/CSU-Fraktionen im Bund und den Ländern am 24. und 25. Oktober 2022 in Brüssel**

1 **Konkrete Hilfen bei Flüchtlingskosten**

2 Die Herbstkonferenz der Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen im Bund und
3 den Ländern stellt fest, dass es nach wie vor an konkreten Zusagen des Bundes für Hilfen bei den
4 Flüchtlingskosten mangelt. Sie fordern eine klare Aussage der Bundesregierung, wie sie die Kommunen und
5 Länder bei der Unterbringung von Flüchtlingen finanziell unterstützen wird.

6 Die Haushalts- und Finanzpolitischen Sprecher bedanken sich für das große Engagement der Kommunen bei
7 der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen. Sie stellen fest, dass die Bundesregierung mit ihrer
8 zögerlichen Haltung bei der Finanzierung am gesellschaftlichen Zusammenhalt rüttelt, und erwarten daher
9 eine konkrete finanzielle Unterstützung seitens des Bundes für bisher nicht gedeckte Kosten des Jahres 2022
10 und auch für 2023, so dass Länder und Kommunen wichtige Planungssicherheit haben.

11 Mehr als eine Million ukrainischer Flüchtlinge leben inzwischen in Deutschland. Auch aus anderen Ländern
12 steigen die Flüchtlingszahlen massiv an. Angesichts einer erratischen und unausgegorenen Migrationspolitik
13 des Bundes fühlen sich die Kommunen mehr und mehr überfordert bei Unterbringung und Finanzierung.
14 Beispielsweise sind Wohnraumkapazitäten und weitere Betreuungsangebote erschöpft. Die Kommunen
15 stoßen an die Grenzen ihrer Aufnahmemöglichkeiten. Über den Winter könnten die Zahlen sogar noch
16 deutlich steigen - je nach Kriegsverlauf und Versorgungslage in der Ukraine. Zudem kommen immer mehr
17 Flüchtlinge aus anderen Ländern wie Syrien, Irak, Afghanistan oder der Türkei in Deutschland an - etwa über
18 die Balkanroute.